Abs.	Kriterium 4	
2.2	Der Kritikpunkt Kirchenzugehörigkeit ist gerechtfertigt und auch die bisherige Staffelung der Punkte ist in Ordnung.	
3.1	Stellungnahme: 1. Vorschlag: Es zahlt künftig nur die Mitgliedschaft in der EKM, d.h. auch der 1. Wohnsitz liegt im Gebiet der EKM und Kirchensteuern werden an die EKM bezahlt. 2. Vorschlag: Die 0 - 3 Punkteregelung für Agrargesellschaften gilt auch für alle anderen juristischen Personen. 3. Vorschlag: Bei Agrargesellschaften kann die 50%-Grenze leicht erreicht werden, z.B. bei 2 Vorstandsmitgliedern von denen 1 Kirchenmitglied ist, = 50%. In diesem Beispiel sollten nur 2 Punkte vergeben werden.	
4.4	Pkt. 4.1. bis 4.3. bisherige Regelung beibehalten.	
4.5	4.1. bis 4.3. bisherige Regelung sinnvoll	
4.6	Verpachtung ausschließlich an Kirchenmitglieder, wobei die Bepunktung der Mitgliedschaft des Firmen-/ Betriebsinhabers mit 2 Punkten und dessen Ehefrau und Kinder jeweils mit 1 Punkt je Person vorzunehmen ist.	
4.7	Die Bewertung von Agrar Genossenschaften von 50 % Kirchenmitgliedern ist unreal, da der Anteil Kirchenmitglieder in der Bevölkerung auch nicht so hoch ist.	
7.1	Die bestehende Regelung zur Pachtvergabe muss beibehalten werden.	
7.2	Die bestehende Regelung zur Pachtvergabe muss beibehalten werden.	
8.1	Die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche sollte für Betriebsinhaber und Festmitarbeiter Kriterium sein. Ggf. sollten Einzellandwirte oder GbR-Gesellschafter, die als Kirchenmitglieder für ihren gesamten Betriebsgewinn Kirchensteuer abführen, stärker gewichtet werden.	
8.2	ich votiere für eine Bevorzugung von Mitgliedern einer christlichen Kirche bei den im Betrieb fest Angestellten. Und die Bevorzugung christlich caritativer Unternehmen (Diakonie/Caritas usw.)	
12.1	Zukünftig sollte nur die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche zählen. Ansonsten kann dieser Punkt unverändert bleiben.	

12.2	unverändert	
12.3	<p>Die Kirchenzugehörigkeit sollte stärker bewertet werden, bei Nichtzugehörigkeit sollte es ein Ausschlußkriterium sein. Analog sollten auch juristische Personen behandelt werden. Bei Genossenschaften sollten die Mitglieder, bei GmbH die Gesellschafter Kirchenmitglied sein. Auch wenn weniger als 25 % des zu berücksichtigten Personenkreises Kirchenmitglieder sind, sollen sollte es ein Ausschlusskriterium sein.</p> <p>Indirekt würde mit einer solchen Regelung auch das Kirchensteueraufkommen erhöht werden. Es ist statistisch nachgewiesen, dass gerade Einzelbetriebe und GbR`s das höchste Aufkommen an Einkommensteuer und somit Kirchensteuer pro Hektar haben. Diesen Effekt hat man gerade bei der Pachtvergabe zu wenig berücksichtigt.</p>	
13.1	Dem Vorschlag der Landeskirche (Absatz 2) wird mit der folgenden Einschränkung gefolgt: Mitgliedschaft in einer Kirche der ACK (nachzuweisen) und Beibehaltung der bestehenden Punktegliederung.	
13.2	<p>Die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche, ggf. auch der katholischen, sollte weiterhin hohes Gewicht haben, bei juristischen Personen sollten die Anforderungen in Bezug auf die Mitarbeiter verschärft werden (z.B. 3 Punkte erst ab 90 %), da sonst Personengesellschaften ohne Mitarbeiter, aber mit ggf. 1 Gesellschafter ohne kirchliche Bindung (von z.B. 3 Gesellschaftern) benachteiligt werden.</p>	
14.2	Bei Agrargesellschaften sollten meiner Meinung nach die Vergabe von drei auf maximal 2 Punkte auch für mehr als 50% Mitgliedschaft abgestuft werden.	
14.3	Die Kirchenmitgliedschaft muß auf alle Fälle stark (stärker als bisher) ein Kriterium sein.	
16.1	<p>Familienbetriebe und Einzellandwirte, die Mitglied der evangelischen Kirche sind, sollten in jedem Falle sowohl aus ideellen als auch aus materiellen Gründen vorrangig behandelt werden.</p> <p>1. Ein Einzellandwirt zahlt Kirchensteuern auf sein gesamtes Einkommen (Gewinn). Bei keiner juristischen Person trifft das in dieser Form zu, denn die juristische Person ist kein Kirchenmitglied. Und der Kirchensteueranteil vieler Lohnempfänger entspricht nur zu einem Bruchteil dem eines Betriebes.</p> <p>Das heißt: Wenn ein Einzellandwirt mit 250 ha Betriebsfläche ca. 3.000,00 € Kirchensteuer zahlt, dann sind das bei einer gepachteten Kirchenlandfläche von 50 ha mit einer Bodenwertzahl von 30 BP schon allein 2,00 €/BP u. ha. Diese 2,00 € werden beim Pachtgebot überhaupt nicht berücksichtigt.</p>	

	<p>2. Ein Einzellandwirt ist in der Regel gegenüber den juristischen Personen bei der Flächenausstattung im Nachteil, da die Agrargenossenschaften und GmbH's in den meisten Fällen LPG - Nachfolgebetriebe sind und schon dadurch bereits entsprechend große Flächen übernommen haben und nach wie vor bewirtschafteten.</p> <p>3. Es ist davon auszugehen, dass die evangelischen Mitglieder eines Familienbetriebes sowohl das innerkirchliche Leben der jeweiligen Kirchgemeinde als auch das kulturelle Leben im Dorf aktiv mitgestalten und damit das dörfliche Gemeinschaftsleben positiv beeinflussen.</p>	
16.2	Ich selber bin katholisch und Vorsitzender einer Kirchengemeinde. Viele unserer festangestellten Mitarbeiter sind Polen und katholisch. Daher kann ich die Beschränkung auf eine Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche nicht gut finden.	
17.1	Eine Mitgliedschaft in der Evangelischen Kirche muss angerechnet werden.	
I.1.1	Es sollte für jede Unternehmensform eine Feststellung der Kirchenzugehörigkeit erfolgen. In einen Pachtvergabeverfahren von 2014 wurde der Wiedereinrichter als Person in der Kirche zu 100% anerkannt und für die Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft sämtliche Beschäftigte einbezogen.	
I.3.1	Im Punkt Kirchenmitgliedschaft sollte man differenzieren zwischen einerseits Einzellandwirten, die unter Umständen lediglich Ackerbau betreiben, einen Großteil der Arbeiten über Saisonarbeitskräfte oder Lohnunternehmen abwickeln und andererseits Mehrfamilienbetrieben, welcher Rechtsform auch immer, die einen festen Beschäftigtenstamm haben und eventuell auch Tierzucht betreiben. Wenn der Einzellandwirt Kirchenmitglied ist, dann sind das 100 %. Ein Betrieb mit 50 Beschäftigten wird unter den Verhältnissen in Mitteldeutschland diesen Wert kaum erreichen können.	
V.1	<p>Eine Fokussierung auf EKM ist gut. Vorschlag zur Punkteverteilung: Einzellandwirt/Familienbetrieb: 0 oder 2 Punkte Agrarbetriebe: Persönlich haftender Inhaber/Geschäftsführer/Vorstand: 1 Punkt bei einer Mitgliedschaft und ein weiterer Punkt, wenn mehr als die Hälfte der Angestellten Mitglied sind (Nachweis der Kirchensteuerzahlung aus Lohnbuchhaltung).</p>	
8.0	<p>Kirchenzugehörigkeit 0 Punkte kein Kirchenmitglied sollte ein Ausschlusskriterium sein.</p>	

	<p>Ich möchte mir nicht den sozialen Unfrieden in der Ortschaft vorstellen wenn ein Atheist die Kirchenländer pachtet.</p> <p>1. Punkt Betriebsleiter ist in der evangl. Kirche</p> <p>2. Punkte Betriebsleiter plus 49 % der Angestellten sind in der evangl. Kirche</p> <p>3 Punkte Betriebsleiter plus 50-100% der Angestellten sind in der evangl. Kirche</p>	
V.2	<p>Zu B.4.1. Kirchenzugehörigkeit</p> <p>Dies sollte kirchenintern entschieden werden.</p> <p>Zu B.4.2. und 4.3.</p> <p>Die entscheidende Frage hierbei sollte doch sein, ob und inwieweit sowohl die auf dem Land direkt tätigen Menschen, als auch diejenigen, die die Verantwortung tragen und die Entscheidungen treffen, sich mit der Kirche und ihren Idealen verbunden fühlen. Insofern erscheint es uns als nicht sinnvoll, die Dauerangestellten eines Betriebes aus dieser Betrachtung auszuschließen, da es ja in aller Regel diese Menschen sind, die die eigentlichen Arbeiten auf dem Boden verrichten und von deren Gespür und Verantwortungsbewußtsein der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit etc. wesentlich mit abhängt. Die bisherige Regelung sollte unbedingt beibehalten werden.</p>	
II.1.1	4 Personen meines Betriebes, sind zu 100 % kirchenzugehörig!	
II.1.2	Kirchenmitglieder zahlen Kirchensteuer und sollten bevorzugt werden.	
II.1.3	4.1. Wir votieren für eine kircheninterne Entscheidung 4.2. - 4.3. Die bisherige Regelung sollte beibehalten werden.	
II.1.4	<p>Geschäftsführer/Gesellschafter/Betriebsinhaber sollten in ev. Kirche sein // 3 Punkte bei Zugehörigkeit 0 Punkte bei Nicht-</p> <p>Zugehörigkeit</p>	
II.1.5	<p>Geschäftsführer/Gesellschafter/Betriebsinhaber sollten in ev. Kirche sein // 3 Punkte bei Zugehörigkeit 0 Punkte bei Nicht-</p> <p>Zugehörigkeit</p>	
II.1.6	<p>Geschäftsführer/Gesellschafter/Betriebsinhaber sollten in ev. Kirche sein // 3 Punkte bei Zugehörigkeit 0 Punkte bei Nicht-</p> <p>Zugehörigkeit</p>	
II.1.7	<p>Geschäftsführer/Gesellschafter/Betriebsinhaber sollten in ev. Kirche sein // 3 Punkte bei Zugehörigkeit 0 Punkte bei Nicht-</p> <p>Zugehörigkeit</p>	
II.1.8	<p>Geschäftsführer/Gesellschafter/Betriebsinhaber sollten in ev. Kirche sein // 3 Punkte bei Zugehörigkeit 0 Punkte bei Nicht-</p> <p>Zugehörigkeit</p>	
V.4	<p><u>4. Kirchenzugehörigkeit</u></p> <p>Das Dezernat Gemeinde spricht sich dagegen aus, die</p>	

	<p>Kirchenmitgliedschaft nach 4.1 auf die Mitgliedschaft in der Evangelischen Kirche zu reduzieren. Die Anknüpfung an die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) inklusive der Gastmitglieder wird empfohlen.</p> <p>Bei dem Lösungsvorschlag zum Punkt 4.2 erscheint das Verfahren sehr kompliziert. Es wird angefragt, ob die Anwendbarkeit tatsächlich gegeben ist.</p>	
12.4	Es ist sinnvoll, die Kirchenzugehörigkeit wie bisher erfolgt weiterhin zu gewichten.	
II.2.1	<p>Angesichts der in Thüringen vorherrschenden Bodenbewirtschaftung durch juristische Personen finde ich dieses Kriterium etwas seltsam...gleichwohl ich den Grundgedanken gut nachvollziehen kann.</p> <p>Gibt es in den Betrieben überhaupt Statistiken über die Kirchenzugehörigkeit der Angestellten bzw. wie wird dieses Kriterium in der Praxis abgeprüft?</p> <p>Ich bin beispielsweise seit über 20 Jahren Mitglied im Bund der Pfingstgemeinden und zahle meinen Zehnten selber aktiv in meine Gemeinde vor Ort ein. Kirchensteuer wird bei mir nicht vom Gehalt abgebucht. Mein Arbeitgeber könnte meine feste Zugehörigkeit in einer christlichen Kirche an Hand von betrieblichen Unterlagen nicht nachweisen.</p>	
14.4	<p>Dass nur noch die evangelische Mitgliedschaft zählt, begrüßen wir. Es sollten aber trotz allem auch die Dauerbeschäftigten bei dieser Bewertung mitzählen, da auch diese Kirchensteuer zahlen. Wichtig wäre dann, dass die Kreiskirchenämter im Zweifelsfalle die Angaben überprüfen dürfen, wozu die Bewerber einen Registerauszug bzw. Aufstellung der Kirchenmitglieder vorzulegen hätten.</p>	
10.2	<p>Pkt. 4.3 bisher geht gar nicht. Bei der Argargenossenschaft ist auf die Kirchenzugehörigkeit der Genossenschaftsmitglieder zu achten. Denn die sind Eigentümer nicht der Vorsitzende.</p> <p>Es ist auffällig das Kirchenratsmitglieder die meisten Pachtfelder der Kirche gepachtet haben. Besser die Fläche aufteilen.</p>	
6.1	<p>4.1 Keine Fokussierung auf „evangelisch“ – sondern auf Glieder von Kirchen der ACK.</p> <p>4.2 Wie soll die Bestimmung des Personenkreises nach Unternehmensformen erfolgen und wie kann sie überprüft werden?</p> <p>4.3 Die Prozente sollten nicht geändert werden, sind bei unseren Bevölkerungsstrukturen hinsichtlich der Kirchenmitgliedschaft eher schon zu hoch.</p>	
6.2	<p>-Eine Unterscheidung von katholischen und protestantischen Betriebsleitern und deren unterschiedliche Gewichtung erscheint nicht im Sinne der Ökumene zu sein und widerspricht der Realität in den Dörfern.</p> <p>-Pächter sollten Mitglied in einer der christlichen Kirchen sein.</p>	
6.3	Sehr gut	
6.4	Für die Vergabe von Kirchenland ist es generell sehr wichtig, zugehörig in der evangelischen Kirche zu sein.	
6.5	Kirchenzugehörigkeit soweit okay, aber ist dafür eine Punktevergabe	

	notwendig?	
2.3	<p>Eine Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche reicht vollkommen aus, eine Eingrenzung auf die EKM halte ich für nicht zielführend. Es sollte die Vergabe eines Extrapunktes angedacht werden für den Bereich der Betriebsinhaber, Gesellschafter etc., bei 50 % und mehr evangelische Kirchengliederzugehörigkeit</p> <p>Vorschlag für Punktevergabe bei den Beschäftigten: 1 Punkt bei 1 - 14% Kirchengliederzugehörigkeit 2 Punkte bei 15 - 39% Kirchengliederzugehörigkeit 3 Punkte bei 40 % und mehr Kirchengliederzugehörigkeit</p>	
I.2.2	Wir bevorzugen weiterhin die Mitgliedschaft in einer Christlichen Kirche. Mit dem Lösungsvorschlag bezüglich der Punkte für Nicht-Einzellandwirte und Familienbetrieb sind wir einverstanden. In jedem Fall sollten die Prozentsätze überprüft werden.	
III.1.2	Absatz 2 des Lösungsvorschlags wird befürwortet, zumal es fraglich erscheint, ob ein landwirtschaftlicher Betrieb die Kirchengliederzugehörigkeit seiner Beschäftigten abfragen darf bzw. sollte. Angeregt wird eine Abstufung zwischen Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche bzw. zur EKM dergestalt, daß die Rangfolge lautet: EKM, evangelische Kirche, christliche Kirche, keine Kirchengliederzugehörigkeit.	
I.4.1	Es sollte auch die Gemeinnützigkeit bei der Auswahl herangezogen werden.	
8.3	Wir favorisieren eine Variante, in der nicht allein die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche zählt, der Inhaber des landwirtschaftlichen Betriebes soll Glied der EKM sein. Nicht mehr berücksichtigt werden soll, ob die Mitarbeitenden einer christlichen Kirche angehören.	
3.2	4.1. Die Kirchengliederzugehörigkeit zur EKM sollte Bedingung für die Bewertung sein. 4.2. und 4.3. Zur Bewertung sollen alle dauerhaft Beschäftigten incl. der Betriebs/Geschäftsleitung einbezogen werden.	
2.4	Dieser Punkt kann so erhalten bleiben. Eine Ergänzung sollte durch den Lösungsvorschlag "Es werden künftig nicht mehr Betriebsinhaber...." erfolgen. Damit eine Chancengleichheit für alle Betriebsformen erreicht wird.	
12.5	Zu ist die allgemeinere Regel kirchengliederzugehörig Pkt beizubehalten Die Regelung dass alle Erwerbstätigen ohne Ansehen ihrer Funktion in einem Betrieb ??gezählt werden, sollte beibehalten werden. Die Änderungen von 4.2. sind abzulehnen.	
1.1	Neben der Kirchengliederzugehörigkeit sollte auch das Engagement der Betriebsinhaber oder der Dauerbeschäftigten in den Kirchengemeinden prozentual berücksichtigt werden, z. B. für Mitarbeit im Gemeindegemeinderat zusätzlich 10% anrechnen. Weiterhin sollte der Prozentsatz der Kirchengliederzugehörigkeit im Verhältnis zum Prozentsatz der Kirchengliederzugehörigkeit der Ortsgemeinde stehen. Bei	

	nur 20% Kirchenmitgliedschaft innerhalb einer Kommune ist also 20% Kirchenghörigkeit schon ein Wert der zu 100% die Wirklichkeit widerspiegelt.	
13.3	Dem Vorschlag der Landeskirche (Absatz 2) wird mit der folgenden Einschränkung gefolgt: Mitgliedschaft in einer Kirche der ACK (nachzuweisen) und Beibehaltung der bestehenden Punktegliederung.	
4.9	Wenn bei Punkt 3 die Region eine Rolle spielt, sollte auch bei Punkt 4 die Kirchenghörigkeit eine Rolle spielen. Für die Auswahl sollte man aber auf die Geschäftsführungen abzielen (bei einer AG dann eben auf den Vorstand).	
11.2	Wenn es nach dem Betriebsinhaber allein geht, sind hier die Juristischen Personen im Zweifelsfall benachteiligt. Bei uns kommt dazu, dass wir in einer Gemeinde mit einem evangelischen und einem katholischen Ortsteil arbeiten und niemals alle Mitarbeiter oder Gesellschaftsführer in der evangelischen Kirche sein können. Trotzdem zahlen mehrere evangelische Kirchenmitglieder wahrscheinlich mehr Kirchensteuer und Gemeindebeiträge, als ein Betriebsinhaber eines Familienbetriebes. Auch sonstige Spenden und Förderung der Kirchengemeinde sollten berücksichtigt werden.	
11.3	Der Lösungsvorschlag findet meine Zustimmung.	
I.1.2	Dem Lösungsvorschlag wird zugestimmt	
10.3	4.1.Focus auf EKM Mitgliedschaft o.k. 4.2.Berücksichtigung der kirchenghörigkeit der Mitarbeiter sollte unterbleiben. Mitarbeiter werden nicht primär nach Kirchenghörigkeit ausgesucht, vielmehr steht an erster Stelle die Befähigung für die zu besetzende Stelle mit dem Ziel den besten Beitrag zum Betriebserfolg und damit zur Kirchensteuerleistungsfähigkeit zu erreichen. Vorgeschlagene Vergleichbarkeit der bzgl. Haftung etc ist o.k.	
2.6	Die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche (ACK) sollte für die Bewertung der Kirchenghörigkeit ausschlaggebend sein. Nur die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche mit Höchstpunktzahl zu bewerten wäre ein ökumenischer Rückschritt und bildet auch nicht mehr die tatsächliche christliche Gemeinschaft im dörflichen Bereich ab. Hier ist der ökumenische Gedanke (und auch die finanzielle Bereitschaft und Verantwortung für "die Kirche") bereits viel tiefer verwurzelt als Ihre Neuerung es vorschlägt. Eine Punktevergabe für die Kirchenmitgliedschaft sollte sich auf die je nach Unternehmensform bestimmte Betriebsleitung (in weitgehender Vergleichbarkeit zum Einzellandwirt) beziehen. Insbesondere für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften stellt die Anforderung "Kirchenghörigkeit" ein besonderes Problem dar. Junge Arbeitskräfte haben oft keinen Bezug mehr zum Glauben und zur Kirche. Dennoch tun solche Agrargesellschaften und Genossenschaften mitunter viel für die Ortskirche. Auf der anderen Seite führen die Landwirte, die Kirchenmitglieder sind, einen nicht unerheblichen Teil als Kirchensteuer ab, den die Nichtkirchen-glieder nicht haben. Deshalb kann das Kriterium, ob und wie die Kirche vor Ort (nicht nur finanziell) unterstützt wird, nicht außer acht gelassen werden. Zwar sind	

	hier die Bereitschaft und Meßbarkeit schwer zu bewerten, aber eine Kirchengemeinde muss um des sozialen Friedens willen die Möglichkeit haben (so-wohl bei Kirchen- wie bei Pfarrland), hier weitere Akzente zu setzen und Punkte (durchaus unter Beachtung der Möglichkeiten und nicht der tat-sächlich gespendeten Höhe) vergeben können. Von außerhalb der Kirchengemeinden ist dies nicht möglich, zu beurteilen. Die Last der Entscheidung trägt dabei die Kirchengemeinde.	
2.7	Die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche ist ausreichend. Wir Gesellschafter sind alle Mitglieder der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche und unterstützen die evangelische Landeskirche in unseren jeweiligen Wohnorten. Da wäre es unseres Erachtens falsch, Mitglieder anderer Kirchen geringer zu bewerten. Denn der Ökumenische Gedanke soll auch bei der Pachtvergabe vorangetrieben werden.	
13.4	U.M.n. kann nur die Kirchengemeindezugehörigkeit des jeweiligen Betriebsinhabers berücksichtigt werden. Die Kirchengemeindezugehörigkeit der Beschäftigten soll keinen Einfluss haben (Datenschutz, Wechsel der Beschäftigten).	
7.3	Ja, die Kirchenmitgliedschaft sollte eher noch stärker bewertet werden. Der Hinweis auf die Kirchensteuer ist dabei von sehr zentraler Bedeutung, denn damit fließt ja quasi auch zusätzlich Geld in die ev. Kirche.	
9.1	Es sollte weiterhin die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche zugrunde gelegt werden. Eine Beschränkung auf die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche oder ausschließlich der EKM erscheint insbesondere unter dem Gedanken der Ökumene nicht sachgerecht. Eventuell könnte eine abgestufte Bewertung dergestalt erfolgen, dass für die Kirchenmitgliedschaft EKM 3 Punkte, für die Mitgliedschaft in einer anderen Evangelischen Landeskirche 2 Punkte und Mitgliedschaft in der ACK 1 Punkt vergeben werden. Die Festlegung des zu berücksichtigenden Personenkreises je nach Unternehmensform findet volle Zustimmung, da hierdurch eine weitgehende Gleichbehandlung von Einzellandwirten und Gesellschaften erreicht wird.	
16.4	Kirchengemeindezugehörigkeit - ja ortsansässige Familienbetriebe, auch Existenzgründer/Jungunternehmen sind hier vordergründig zu berücksichtigen	
III.2.1	Die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche sollte weiterhin als Maßstab zählen (4.1). Der Lösungsvorschlag zu 4.2 findet unsere Zustimmung. In diesem Fall sollte auf eine prozentuale Staffelung verzichtet werden und nur die 50% Hürde gelten. (<50 % = 0 Punkte, > 50 % volle Punktzahl (4.3))	
V.6	Dem Vorschlag der Landeskirche (Absatz 2) wird mit der folgenden Einschränkung gefolgt: Mitgliedschaft in einer Kirche der ACK (nachzuweisen) und Beibehaltung der bestehenden Punktegliederung.	
12.6	4.1. ist die allgemeinere Regel (kirchengemeindezugehörig = 3 Punkte) beizubehalten.	

	4.2. Die Regelung, dass alle Erwerbstätigen ohne Ansehen ihrer Funktion in einem Betrieb gezählt werden, sollte beibehalten werden. Änderungen sind abzulehnen.	
II.3.1	ok	
II.3.2	ok	
II.3.3	ok	
II.3.4	ok	
I.1.3	<p>Begrüßenswert ist, wenn die bisherige Staffelung der Betriebsform angepaßt wird.</p> <p>Bedenklich ist allerdings, dass das Augenmerk nur auf die evangelische Kirche gerichtet wird. Dann stellt sich die Frage, ob der Landwirt bei der Rekrutierung von Personal/Azubis Evangelische bevorzugen muss, damit er eine vom Verpächter Kirche vorgegebene Quote erfüllt. Man sollte hier auch Bezug zu Punkt 6 nehmen und "Kirchennahe" nicht ausgrenzen. Unsere Erfahrung vor Ort zeigt, dass sich "Atheisten" z. T. mehr um kirchliche Belange kümmern und sich engagieren, als viele Gemeindeglieder, die lediglich am 24.12. im Gottesdienst erscheinen.</p> <p>Hier eine "Milchmädchenrechnung": In den Orten Eckolstädt, Schmiedehausen, Münchengosserstädt und Lachstedt gibt es ca. 350 Kirchgemeindeglieder. Davon sind ca. 20 unter 16 Jahren und 160 über 60 Jahre. Es bleiben also rund 170 im arbeitsfähigen Alter übrig. In Deutschland arbeiten 2 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft. -> 2% von 170 = 3,4 Personen. Also von unseren 4 Dörfern stehen statistisch 3,4 Evangelische als potentielle Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zur Verfügung.</p> <p>Konfirmiert wurden aus den Orten Eckolstädt, Münchengosserstädt, Schmiedehausen, Lachstedt im Jahr 2014 eine Konfirmandin, 2015 eine Konfirmandin, 2016 wird es wieder nur eine Konfirmandin sein. Welches der Mädchen (alle Gymnasialschülerinnen) wird eine Ausbildung in der Landwirtschaft anstreben? Im Posaunenchor der evangelischen Kirchgemeinde Eckolstädt haben wir 10 Bläser, davon 3 Katholiken (30 %) und ein Atheist (10 %). Beim Krippenspiel machen regelmäßig ca. 30 % konfessionslose Kinder mit.</p> <p>Übrigens: Am Christlichen Gymnasium Jena sind 30 % der Schüler konfessionslos, und von den 70 % sind nicht alle evangelisch.</p> <p>Wer und wo sind die Mitglieder in der evangelischen Kirche, die bei diesem 4. Punkt besondere Berücksichtigung finden sollen?</p>	
4.10	Fokussierung auf evangelische Kirche oder sogar EKM	
4.11	<p>Die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche muss entscheidend sein.</p> <p>Da aber jeder Landwirt in die Kirche eintreten wird, der Flächen pachten will, muss auch geschaut werden, wie sich der Landwirt engagiert (Gemeindekirchenrat, Hilfe bei Arbeitsanfall)</p>	
6.6	Generell ist eine Mitgliedschaft in einer Kirchengemeinde der EKM vorzuziehen. In territorial sehr gemischten Regionen wie unserer (unmittelbare Nachbarschaft der Gemeinde zu anderen	

	<p>Landeskirchen) könnte es jedoch richtig sein, dieses Kriterium allgemeiner auf die Evangelische Kirche zu beziehen.</p> <p>Bei Einzel-Landwirten (Familienbetrieben) ist zu berücksichtigen, dass auch hier häufig Angestellte über Arbeits- oder Ausbildungsvertrag tätig sind und nicht der Landwirt allein den Betrieb ausmacht.</p> <p>Fraglich erscheint, ob das Kriterium im Verfahren überprüfbar ist oder man sich hier auf die Angaben des Bewerbers ohne Nachprüfbarkeit verlassen muss.</p>	
3.3	<p>Kirchenmitglieder der EKM (Erstwohnsitz auf dem Gebiet der EKM) sind bei der Verpachtung zu bevorzugen, ohne eine Prozentregelung, sondern mit einer Abwägung von Fall zu Fall je nach regionalen Gegebenheiten unter der Mitsprache des örtlichen Gemeindegemeinderats.</p>	
I.4.2	<p>Bei der Ermittlung der Kirchengliederzugehörigkeit sollten die Arbeitskräfte in der primären Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich der Vorstandsmitglieder/Geschäftsführer/Betriebsleiter berücksichtigt werden. Bei Familienbetrieben sollen auch die mitarbeitenden Familienmitglieder in die Rechnung mit eingehen.</p>	
V.7	<p>Vom Bauernbund wurde bereits in der Vergangenheit insbesondere die Überprüfung der Kirchenmitgliedschaft bei juristischen Personen gefordert. Durch die Einführung der „50 %-Regelung“ müssen heute mindestens die Hälfte der Betriebsleiter und Dauerbeschäftigten eine Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche nachweisen, um an dieser Stelle die Höchstpunktzahl zu erreichen.</p> <p>Der Nachweis der Kirchenmitgliedschaft sollte sich künftig nur noch auf die Betriebsleiter und die Eigentümer (Genossen in AG, GmbH-Mitglieder u.ä.) beziehen.</p> <p>Die Abfrage muss die Gesamtzahl der Eigentümer und die davon betroffenen Kirchenmitglieder ausweisen. Die Kirchenmitgliedschaft der Betriebsleiter sollte extra ausgewiesen werden, weil die Einflussnahme auf kirchliche Unterstützung hauptsächlich durch diese erfolgt.</p> <p>Eine Kirchengliederzugehörigkeit der angestellten Dauerbeschäftigten soll nicht mehr geprüft werden, weil keine Betriebsleitung Einfluss auf diesen Fakt hat und es zu Benachteiligungen kommen kann.</p> <p>Die ausschließliche Mitgliedschaft nur in der evangelischen Kirche wird als problematisch angesehen, da es auch in unserem Mitgliederkreis zahlreiche ortsansässige Familien katholischen Glaubens gibt.</p>	
2.9	<p>Es sind selbständige Landwirte (Unternehmer) zu berücksichtigen! Gesellschaften zahlen keine Einkommenssteuer und damit auch keine Kirchensteuer.- Siehe 2.1 Grundanforderung zur Sicherung der Finanzierung der kirchlichen Arbeit.</p>	

	<p>Überprüfungsmöglichkeit: Selbständige Landwirte sind Pflichtversichert in der LKK!!</p> <p>4.2 Nur Personen können der evangelischen Kirche angehören, auch aus diesem Grund sind Pachtverträge mit juristischen Gesellschaften auszuschließen. Weiterhin ist ein Pachtvertrag mit einer juristischen Gesellschaft handelbar und damit abzulehnen.</p> <p>In den verschiedenen juristischen Gesellschaftsformen können Betriebsleiter und Eigentümer auch selbst. Landwirte sein, (Pflichtversichert in der LKK) diese sind im Pachtvergabeverfahren zu berücksichtigen.</p> <p>Bei selbst.Landwirten u. GBR ist der Unternehmergewinn die Grundlage der Einkommensteuererklärung u. damit der Kirchensteuer.</p> <p>In anderen Gesellschaftsformen bestehen Möglichkeiten, auf die Höhe der Kirchensteuer Einfluß zu nehmen.</p>	
6.9	<p>Kirchenzugehörigkeit in der evangelischen Kirche ist jedenfalls wichtig und sollte Voraussetzung für die Vergabe des Pachtlandes sein. (schon wegen der Kirchensteuer) . Dabei sollten Einzellandwirte, die persönlich mit ihrem gesamten Hab und Gut haften, deshalb Rentabilität zwingend notwendig ist, den Vorzug genießen. Dies wiederum stärkt traditionellen Familienbetriebe und deren Verwurzelung mit der heimatlichen Kirche und ihren Einrichtungen.</p>	
6.10	<p>Anzustreben ist Kirchenzugehörigkeit auf jeden Fall.</p>	
I.2.3	<p>Im Zuge der Ökumene sollte auch weiterhin die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche zählen. Des Weiteren sollte nicht nur die kirchliche Mitgliedschaft eine Bewertung finden, sondern auch das kirchliche Engagement der Betriebsleiter, der Mitarbeiter und deren Familienmitgliedern. Denn ohne ehrenamtliche Tätigkeiten der Gemeindeglieder funktionieren die Kirchgemeinden nicht und folglich ist ein weiterer Zerfall und Mitgliederschwund nicht aufzuhalten.</p> <p>Es sollen Punkte für Kirchenzugehörigkeit, kirchliches Engagement und soziales Engagement vergeben werden.</p> <p>Je Betrieb sollte der/die Geschäftsführer als gemeinsam 100% angesehen werden um einen Punkt zu erhalten.</p> <p>Es sollten aber auch weiterhin die im Betrieb dauerbeschäftigten Kirchenmitglieder in die Bewertung mit einbezogen werden.</p>	
8.5	<p>wenig Kirchenmitglieder im Unternehmen spiegelt "ostdeutsche Verhältnisse" und allgemeinen Mitgliederschwund wider, Kriterium ist für Kirchenland jedoch legitim, Dauermitarbeiter dürfen nicht außer acht gelassen werden, da diese in der Region auch Kirchensteuer zahlen, nicht nur Betriebsinhaber berücksichtigen, da ansonsten Ungleichbehandlung von Personengesellschaften.</p>	
5.1	<p>Kirchenmitgliedschaft soll weiterhin bewertet werden, ACK-Zugehörigkeit. 4.2. Einbezogen werden die Pächter nach Fußnote 1. zuzüglich aller Dauerbeschäftigten.</p> <p>4.3. Folgende Punktestaffellung: 0 Punkte: keine Kirchenmitglieder, 1</p>	

	Punkt: 1-12%, 2 Punkte: 13-24%, 3 Punkte: 25% und mehr	
V.8	<p>Anknüpfung an den Hauptbetriebssitz Befürwortet wird, künftig nur den Hauptbetriebssitz zu berücksichtigen.</p> <p>Die Gemarkung als Flächeneinheit ist beizubehalten. Nur die Gemarkung ermöglicht ein einheitliches und für die Verwaltung überschaubares Verfahren (die Nachfrage bei Kreiskirchenämtern über Kirchengemeindestrukturen für ortsferne Flächen entfällt, eine Gemarkungsaufteilung in Städten nach einzelnen Kirchengemeinden wird vermieden und es herrscht Eindeutigkeit, welcher regionale Bezug gemeint ist: örtliche Lage der Flächen, nicht Sitz der Verpächterin).</p> <p>Eine Staffelung nach nicht angrenzender Gemarkung innerhalb des Kirchenkreises und außerhalb des Kirchenkreises soll entfallen. Somit gelten künftig nur noch drei Kriterien:</p> <p>Hauptbetriebsstätte in der Gemarkung, in der sich die Flächen befinden 4 Punkte</p> <p>Hauptbetriebsstätte in angrenzender Gemarkung, in der sich die... 2 Punkte</p> <p>Hauptbetriebsstätte nicht in angrenzender Gemarkung, in der sich die... 0 Punkte</p> <p>Die neue Staffelung mit 0, 2 und 4 Punkten schafft einen Ausgleich für die Vergabe mehrerer weiterer Punkte (Nr. 6 bis 8).</p>	
11.4	<p>zu 4.1. Das Vorhaben, künftig nur noch die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche zu berücksichtigen, sollte auf die Mitgliedschaft in einer der ACK-Kirchen erweitert werden.</p> <p>zu 4.2. Die Festlegung eines zu berücksichtigenden Personenkreises speziell für jede rechtliche Unternehmensform darf nicht dazu führen, dass der überarbeitete Bewerbungsvordruck zu umfangreich und damit unübersichtlich wird. Der Arbeitsaufwand für die Bewerber sowie die Auswertung durch das KKA muss zu bewältigen sein. Eine Überprüfung der Angaben der Landwirte ist weiterhin nur schwer möglich.</p> <p>zu 4.3. Die der Bepunktung zugrunde liegenden Prozentsätze sollten überprüft werden. Denkbar wäre, die Grenzen wieder an der durchschnittlichen Kirchenmitgliedschaft des Kirchenkreises zu bemessen. Eine solche Grenze ist argumentativ gut vertretbar und bevorteilt keine der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsformen.</p> <p>Sollte ein Kirchenaustritt ein Ausschlusskriterium sein? (Unter Umständen kann ein aus der Kirche ausgetretener Bewerber am Ende des Verfahrens die meisten Punkte erhalten.)</p>	
4.13	Ungeachtet der verschiedensten Betriebsstrukturen und unterschiedlichster Höhe in der Mitgliedschaft bei natürlichen wie	

	<p>auch juristischen Personen erscheint es hier angezeit, zeitgemäss zu agieren. Es sollte das Verhalten des Pächters gegenüber der Kirche zukünftig durch den Gemeindegemeinderat eingeschätzt bzw. begutachtet werden. Damit findet der gerade in den NBL zu beobachtende Prozess des "Heranwachsens an die Kirche" vieler Landwirte seine zeitgemässe Berücksichtigung. Aktiv "Kirche leben" kann für eine Kirchengemeinde spürbar wertvoller erscheinen, wie blosse Mitgliedschaft</p>	
4.14	<p>Dass die Kirche bei der Pachtvergabe die Kirchenzugehörigkeit des Pächters berücksichtigt ist nachvollziehbar. Es muss jedoch eine Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Rechtsformen bestehen. Bei Agrargesellschaften kommt es bisher auf die Kirchenzugehörigkeit aller Dauerbeschäftigten an, bei Einzellandwirten hingegen nur auf die Kirchenzugehörigkeit des Landwirts selbst, nicht seiner Beschäftigten. Dass sich bei der Beschäftigung einer Vielzahl von Mitarbeitern hier die durchschnittliche Kirchenzugehörigkeit unseres Bundeslandes widerspiegelt und somit eine Agrargesellschaft kaum Chancen auf Punkte hat versteht sich von selbst. Der hier mit der Fußnote versehene Vorschlag des zu berücksichtigenden Personenkreises bei den verschiedenen Rechtsformen ist aus meiner Sicht akzeptabel. Das Resultat wird allerdings sein dass es vereinzelt zu Kircheneintritten kommen wird. War es beispielsweise bei einer durchschnittlichen Agrargesellschaft mit vielleicht 20 bis 30 Mitarbeitern praktisch nicht möglich alle diese Mitarbeiter zum (Wieder)Eintritt in die Kirche zu bewegen wird dies bei 2 bis 3 Gesellschaftern und / oder Vorständen durchaus zu realisieren sein.</p>	
V.0	<p>1. Kirchenzugehörigkeit</p> <p>Die Kirchenzugehörigkeit ist grundsätzlich ein geeignetes Prüfkriterium. Schwierig erscheint hierbei allerdings auch eine entsprechend objektivierte Punktvergabe. Betrachtet man einerseits die zusätzlichen Einnahme über die Kirchensteuer, wenn in einem Unternehmen mehrere Mitarbeiter beschäftigt sind, die zugleich Kirchenmitglieder sind, so müsste man hiernach im Unterschied zur aktuellen Bewertungspraxis auch den Schwerpunkt der Punktvergabe legen. Dies würde aber wiederum zugleich eine Benachteiligung eines Einzelunternehmers darstellen, der Kirchenmitglied ist. Die derzeitige Punktvergabepraxis mit 1 bis 3 Punkten ist in sich objektiv nicht schlüssig.</p>	
3.4	<p>- Kirchenmitgliedschaft von Gesellschaftern und Dauerbeschäftigten - sie sollten ihre Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche nachweisen</p>	

	- Verbundheit zur Kirche und kirchliches Engagement sollten schon in diesem Punkt berücksichtigt werden	
4.15	Die Vergabe an Kirchenmitglieder sollte oberste Priorität haben. Die Abstufung bei den Gesellschaftern von Genossenschaften oder anderen Gesellschaften sollte anders gestaffelt werden. In dem man hier auch die Vergabe von drei Punkten an eine hundert- prozentige Mitgliedschaft der Gesellschafter fest macht und die auch durch das beibringen der entsprechenden Unterlagen bestätigt werden.	
V.9	<p>Die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche (ACK) sollte für die Bewertung der Kirchenzugehörigkeit ausschlaggebend sein. Nur die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche mit Höchstpunktzahl zu bewerten wäre ein ökumenischer Rückschritt und bildet auch nicht mehr die tatsächliche christliche Gemeinschaft im dörflichen Bereich ab. Hier ist der ökumenische Gedanke (und auch die finanzielle Bereitschaft und Verantwortung für "die Kirche") bereits viel tiefer verwurzelt als Ihre Neuerung es vorschlägt.</p> <p>Eine Punktevergabe für die Kirchenmitgliedschaft sollte sich auf die je nach Unternehmensform bestimmte Betriebsleitung (in weitgehender Vergleichbarkeit zum Einzellandwirt) beziehen.</p> <p>Insbesondere für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften stellt die Anforderung "Kirchenzugehörigkeit" ein besonderes Problem dar. Junge Arbeitskräfte haben oft keinen Bezug mehr zum Glauben und zur Kirche. Dennoch tun solche Agrargesellschaften und Genossenschaften mitunter viel für die Ortskirche. Auf der anderen Seite führen die Landwirte, die Kirchenmitglieder sind, einen nicht unerheblichen Teil als Kirchensteuer ab, den die Nichtkirchenmitglieder nicht haben.</p> <p>Deshalb kann das Kriterium, ob und wie die Kirche vor Ort (nicht nur finanziell) unterstützt wird, nicht außer acht gelassen werden. Zwar sind hier die Bereitschaft und Meßbarkeit schwer zu bewerten, aber eine Kirchengemeinde muss um des sozialen Friedens willen die Möglichkeit haben (sowohl bei Kirchen- wie bei Pfarrland), hier weitere Akzente zu setzen und Punkte (durchaus unter Beachtung der Möglichkeiten und nicht der tatsächlich gespendeten Höhe) vergeben können. Von außerhalb der Kirchengemeinden ist dies nicht möglich, zu beurteilen. Die Last der Entscheidung trägt dabei die Kirchengemeinde.</p>	
16.5	die Kirchenzugehörigkeit sollte wie das Pachtpreisangebot in zwei Kategorien bewertet werden: 1. die prozentuale Staffelung mit den	

	entsprechenden Punkten wie bisher beibehalten 2. dazu sollte es noch eine Kategorie geben: Mitgliedschaft in der evangelische Kirche 1 P - Mitgliedschaft in einer anderen christlichen Kirche 0 P	
2.9	Als zugehörig sollte die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche zählen, unabhängig von der Konfession, zumal bedingt durch die geschichtliche Entwicklung der Besitz der evangelischen Kirche in unserer Gegend dominierend gegenüber anderen Konfessionen ist.	
2.8	Für Zugehörigkeit zu einer ACK- Kirche einen Punkt vergeben. Für Zugehörigkeit zur EKM zwei Punkte vergeben.	
3.5	<p>4.1. Die Mitgliedschaft der Bewerber in der evangelischen Kirche insgesamt, bzw. eingegrenzt auf die EKM, sollte als wesentlicher Vergabepunkt eine Rolle spielen. Wobei Mitinhaber, Gesellschafter, Mitgesellschafter, Vorstände, Aufsichtsräte etc. einzubeziehen sind, sofern die Rechtslage dem nicht entgegensteht.</p> <p>4.2. Das Kriterium "Kirchenzugehörigkeit der Mitarbeiter" scheint mehr als bedenklich. Denn würden die Betriebe ihre Personalpolitik danach ausrichten, könnte das zu verfassungsrechtlichen Konflikten führen. Außerdem ist es auch der Außendarstellung der Kirche nicht dienlich.</p>	
16.6	In vielen Dörfern gibt es Probleme, Kandidaten für den Gemeindefürsorgeausschuss zu finden. Unser Vorschlag wäre ein gezieltes Ansprechen von Pächtern, die der Kirche angehören, damit sie oder Familienangehörige sich im GKR einbringen können. Dieses Problem besteht besonders in kleinen Dörfern mit wenig Kirchenmitgliedern. Bei Bereitschaft müsste dies mit Extrapunkten "belohnt" werden. In einem Ort ohne Gemeindefürsorgeausschussmitglied ist der Verfall oder Vandalismus an kirchlichen Gebäuden vorprogrammiert.	
16.7	Ein Focus auf die Evangelische Kirche zu legen ist falsch. Ich bin katholisch und meine Frau evangelisch und Kirchenälteste. Ich kümmere mich seit mehr als 20 Jahre um die Erhaltung des evangelischen Kirchgebäudes im Ort und würde dann gar nicht berücksichtigt werden. Im Übrigen bin ich auch im vergangenen Jahr nicht berücksichtigt worden.	
6.11	Grundsätzlich halte ich das Kriterium der Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche für wichtig. Eine Mitgliedschaft in der EKM könnte man in diesem Zuge höher bewerten. Bei Personengesellschaften einen gerechten Maßstab zu finden ist sicherlich sehr schwer. Die Idee, sich auf die in den Unternehmen Verantwortung tragenden zu konzentrieren, halte ich für richtig.	
2.10	Wir stimmen dem Vorschlag der EKM zu.	
I.3.2	<p>zu 4.1. Zustimmung zum Lösungsvorschlag (evangelische Kirche!) - zu 4.2. Einbezogen werden sollten alle Personen, die mit der Bewirtschaftung der zu verpachtenden Flächen direkt zu tun haben. Sollten sich im</p> <p>relativen Vergleich zu den "Betriebsinhabern" unter den Dauerangestellten mehr Kirchenmitglieder befinden, muss das berücksichtigt werden.</p> <p>- Wichtig ist bei den unterschiedlichen Betriebsgrößen die Anpassung der geforderten Prozentsätze (Punkt 4.3.). Dazu ein Beispiel: Bei</p>	

	<p>einem Agrarbetrieb mit 100 Angehörigen ist es bei den durchschnittlichen Mitgliederzahlen der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland unwahrscheinlich, dass über 50 % erreicht werden, obwohl ein Anteil von 40% (also 40 Kirchenmitglieder auf 100 Personen) schon überdurchschnittlich wäre. Bei einem Ehepaar mit landwirtschaftlichem Betrieb ist die Wahrscheinlichkeit, dass 50% oder sogar 100% erreicht werden, deutlich höher.</p> <p>- Es sollte nicht nur nach Prozentsätzen der Kirchenmitglieder entschieden werden, sondern auch Berücksichtigung finden, wieviele Bürger einer Ortsgemeinde mit ortskirchlichen Engagement in einer Genossenschaft sind.</p>									
15.1	<p>1. Im bisherigen PVV wurde die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche erfragt. Durch die Evaluierung wird die Mitgliedschaft konkret in der evangelischen Kirche erfragt.</p> <p>2. Weiterhin stehen die Kirchen-Mitgliedschaft der Inhaber von Agrargesellschaften (eG, AG, GmbH, GbR, GmbH & Co KG, OHG) sowie deren Beschäftigte zur Diskussion. Durch die Evaluierung soll zukünftig nur noch die Kirchenmitgliedschaft der persönlich haftenden Gesellschafter, zBsp. Gesellschafter - Geschäftsführer einer GmbH, im PVV herangezogen werden. Eine Vergleichbarkeit zum Einzellandwirt wird damit ermöglicht.</p> <p>Beiden Lösungsvorschlägen wird zugestimmt.</p>									
15.2	<p>Es könnte mehr Wert auf die Mitgliedschaft in der Evangelischen Kirche insbesondere der EKM gelegt werden. Nicht so sehr wegen des Zusammenhanges mit dem Kirchensteueraufkommen, das wird dadurch sicher nicht signifikant steigen. Jedoch könnte die Stärkung der evangelischen Familien im Dorf durch Sicherung der Existenz mit den uns gegebenen Möglichkeiten gefördert werden.</p> <p>Auch nur im Falle der Mitgliedschaft in der Evangelischen Kirche könnten wir verlässliche Daten zugreifen. Die freiwillige Selbstauskunft der Bewerber hat sich als fragwürdig und nicht überprüfbar herausgestellt.</p> <p>Ansonsten wird hier auf die Stellungnahme der AG der Amtsleiter verwiesen.</p> <table> <tr> <td>keine Kirchenmitglieder</td> <td>0 Punkte</td> </tr> <tr> <td>ACK-Mitglieder</td> <td>1 Punkt</td> </tr> <tr> <td>evangelische Gemeindeglieder in der EKD</td> <td>2 Punkte</td> </tr> <tr> <td>evangelische Gemeindeglieder in der EKM</td> <td>3 Punkte</td> </tr> </table>	keine Kirchenmitglieder	0 Punkte	ACK-Mitglieder	1 Punkt	evangelische Gemeindeglieder in der EKD	2 Punkte	evangelische Gemeindeglieder in der EKM	3 Punkte	
keine Kirchenmitglieder	0 Punkte									
ACK-Mitglieder	1 Punkt									
evangelische Gemeindeglieder in der EKD	2 Punkte									
evangelische Gemeindeglieder in der EKM	3 Punkte									
3.6	<p>4.1. Als Kirchenglieder sollte allein die Zugehörigkeit zur EKM gewertet werden.</p> <p>4.2. und 4.3. Es sollte eine Regelung gefunden werden, dass wirkliche alle dauerhaft Beschäftigten und die Betriebs/Geschäftsleitung einbezogen sind.</p>									
3.7	Ich stimme in diesem Fall dem Lösungsvorschlag zu.									
14.8	Ich befürworte die Beibehaltung der Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche. Es wird so viel von Ökumene geredet und doch									

	<p>nichts zuwege gebracht, so daß hier nicht noch zusätzlich ein Stolperstein aufgerichtet werden muß.</p> <p>Ich unterstütze den Vorschlag auf Änderung des zu berücksichtigenden Personenkreises im Hinblick auf die verschiedenen Gesellschaftsformen. Das führt zu einer besseren Vergleichbarkeit.</p> <p>Bisher konnte z.B. ein Einzellandwirt (Kirchenmitglied) mit 10 nichtkirchlichen Mitarbeitern die volle Punktzahl einstreichen, während eine Genossenschaft mit 10 Beschäftigten und dabei 1 Kirchenmitglied leer ausging.</p>	
7.4	<p>4. Kirchenzugehörigkeit</p> <p>4.1. Bei der Kirchenzugehörigkeit sollte vorrangig (hohe Punktzahl) auf die Mitgliedschaft in der EKM abgestellt werden. Bei einem Wohnsitz in einem angrenzenden Pfarrbezirk oder Kirchenkreis (außerhalb der EKM, Nr. 3.1) sollte auch eine Mitgliedschaft in einer anderen evangelischen Landeskirche mit einem mittleren Punktwert berücksichtigt werden. Die Mitgliedschaft in einer ACK-Kirche mit einer selbständigen Gliederung in Sachsen-Anhalt kann eine Berücksichtigung mit einem geringen Punktwert erfolgen.</p> <p>4.2. Die Festlegung des berücksichtigungsfähigen Personenkreises für jede Unternehmensform (Rechtsform) wird abgelehnt. Landwirtschaftliche Unternehmer (auch juristische Personen) haben keinen Einfluss auf die Kirchenzugehörigkeit ihrer Mitarbeiter. Auf Grund des bestehenden und weiter zunehmenden Fachkräftemangels in der Landwirtschaft kann die Kirchenzugehörigkeit kein Auswahlkriterium für Mitarbeiter sein. Im Übrigen verursacht die Prüfung und laufende Kontrolle der Kirchenzugehörigkeit der Arbeitnehmer einen hohen Arbeitsaufwand; sie dürfte auch aus datenschutzrechtlichen Gründen kaum nachprüfbar und damit kaum praktikabel sein.</p> <p>Eine Vergleichbarkeit mit einem Einzellandwirt in Bezug auf die persönliche Haftung und auf eine auf Einkommenserzielung gerichtete Tätigkeit im Betrieb ist nur bei Gesellschaftern einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) oder einer offenen Handelsgesellschaft (OHG) gegeben, weil nur bei den genannten Rechtsformen der Unternehmer bzw. die Gesellschafter als (Mit-) Unternehmer persönlich unbegrenzt haften und aus dem Gewinn des Unternehmens entlohnt werden. Bei Kommanditgesellschaften sind nur der bzw. die Kommanditisten nur bezüglich der Haftung und der Einkommenserzielung mit Einzellandwirten vergleichbar und auch nur dann, wenn es sich bei dem bzw. den Kommanditisten um natürliche Personen handelt. Gesellschafter anderer Gesellschaften (GmbH, GmbH & Co. KG, AG) bzw. Mitglieder von eingetragenen Genossenschaften haften nur begrenzt und sind – sofern sie im Unternehmen mitarbeiten – unselbständig Beschäftigte (Arbeitnehmer). Zu der Berücksichtigung von Gesellschaften wird auf die Vorbemerkungen verwiesen (s. u.).</p>	

	<p>4.3. Bei Gesellschaften ist der berücksichtigungsfähige Personenkreis aus den genannten Gründen auf die Gesellschafter bzw. Genossenschaftsmitglieder (natürliche Personen) zu beschränken. Eine Staffelung in fünf Klassen (keine Kirchenmitglieder, < 33 %, 33 bis 65, 66 bis 99 %, 100 %) sollte vorgesehen werden.</p>									
11.5	<p>zu 4.1. Das Vorhaben, künftig nur noch die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche zu berücksichtigen, sollte auf die Mitgliedschaft in einer der ACK-Kirchen erweitert werden.</p> <p>zu 4.2. Die Festlegung eines zu berücksichtigenden Personenkreises speziell für jede rechtliche Unternehmensform darf nicht dazu führen, dass der überarbeitete Bewerbungsvordruck zu umfangreich und damit unübersichtlich wird. Der Arbeitsaufwand für die Bewerber sowie die Auswertung durch das KKA muss zu bewältigen sein. Eine Überprüfung der Angaben der Landwirte ist weiterhin nur schwer möglich.</p> <p>zu 4.3. Die der Bepunktung zugrunde liegenden Prozentsätze sollten überprüft werden. Denkbar wäre, die Grenzen wieder an der durchschnittlichen Kirchenmitgliedschaft des Kirchenkreises zu bemessen. Eine solche Grenze ist argumentativ gut vertretbar und bevorteilt keine der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsformen.</p> <p>Sollte ein Kirchenaustritt ein Ausschlusskriterium sein? (Unter Umständen kann ein aus der Kirche ausgetretener Bewerber am Ende des Verfahrens die meisten Punkte erhalten.)</p>									
11.6	<p>Bei der Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche sollte überprüft werden, ob jemand nur eingetreten ist, um den Zuschlag zu erhalten und womöglich wieder austritt.</p>									
I.0	<p>4.1. Angesichts gelebter Ökumene zwischen den Konfessionen sollte die ACK-Regelung unbedingt beibehalten werden.</p> <p>4.2. Dem Referatsvorschlag wird zugestimmt. Der zu berücksichtigende Personenkreis muss sehr genau definiert werden. Die Problemstellung zu 4.3 ist tatsächlich bei den Agrargenossenschaften diskussionswürdig. Der hohe Anteil von 50% Kirchenzugehörigkeit ist leider nicht mehr zeitgemäß. Dieser Punkt ist in Verbindung wie 4.2. zu sehen (siehe Referatsvorschlag).</p>									
I.1.4	<p>die Bemessungsgrenze ist ok</p>									
12.8	<p>Eine prozentuale Staffelung erscheint ungeeignet. Sie sollte zukünftig nur auf Betriebsinhaber und Unternehmer mit geschäftsführender Verantwortung ausgewertet werden. Eine stärkere Berücksichtigung evangelischer Gemeindeglieder sollte wie folgt aufgenommen werden:</p> <table> <tr> <td>keine Kirchenmitglieder</td> <td>0 Punkte</td> </tr> <tr> <td>ACK-Mitglieder</td> <td>1 Punkt</td> </tr> <tr> <td>evangelische Gemeindeglieder in der EKD</td> <td>2 Punkte</td> </tr> <tr> <td>evangelische Gemeindeglieder in der EKM</td> <td>3 Punkte</td> </tr> </table>	keine Kirchenmitglieder	0 Punkte	ACK-Mitglieder	1 Punkt	evangelische Gemeindeglieder in der EKD	2 Punkte	evangelische Gemeindeglieder in der EKM	3 Punkte	
keine Kirchenmitglieder	0 Punkte									
ACK-Mitglieder	1 Punkt									
evangelische Gemeindeglieder in der EKD	2 Punkte									
evangelische Gemeindeglieder in der EKM	3 Punkte									

	wobei die max. Punktzahl nur einmal vergeben werden kann. Mit der Abstufung zwischen Evangelischen in der EKD und Evangelischen in der EKM wird auch an dieser Stelle der regionale Bezug unterstrichen. (Anschluss an Stellungnahme AG der Amtsleiter)	
3.8	Kirchenmitgliedschaft im Rahmen der ACK sollte Kriterium sein. Zu bevorzugen wären Mitglieder der EKM. Verbundheit zur Kirche und kirchliches Engagement sollten schon in diesem Punkt berücksichtigt werden	
V.10	Die in Punkt 4.1 benannte Fokussierung hin zu evangelischen Kirche ist sicher gerechtfertigt. Warum soll der Verpächter mit einer bestimmten Konfession nicht auch seine Pächterschaft zunächst in seinen Kreisen suchen und finden? Pächter aus der eigenen Konfession vertreten identische Wertevorstellungen wie der Verpächter, dem sorgsameren Umgang mit dem Boden, dem Wasser und mit der natürlichen Flora und Fauna sollte damit Vorschub gewährleistet werden können. Die Bepunktung von Gesellschaften und Genossenschaften gestaltet sich als sehr schwierig. Auch hier ist es vorstellbar die Bepunktung strenger vorzunehmen. Vorschlag 1Punkt AB 24% Kirchmitglieder, 2Punkte 25-80% Kirchmitglieder und eine volle Punktzahl sollte erst ab 81% Kirchenmitglieder erfolgen, da hier aus unserer Sicht ein zu großes Zugeständnis an Gesellschaften und Genossenschaften gemacht werden würde, die im Grunde in Ihren Betriebsphilosophien eher kirchenfremd agieren.	
II.2.3	Zugehörigkeit aller Beschäftigten und Betriebsinhaber muss berücksichtigt werden Verhältnis Mitarbeiter, Inhaber zur Gesamtfläche sollte prozentual gewichtet werden	
III.2.2	Dieses Problem sollte kirchenintern entschieden werden. Mir persönlich sind ethische Kriterien bei der Tierhaltung, -fütterung und einem giftfreien Ackerbau wichtiger als die Kirchenzugehörigkeit	
III.3.1	Die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche soll Kriterium bleiben, eine Beschränkung auf Mitgliedschaft in der ev. Kirche oder weitergehend auf die EKM führt u.E. in die Enge. Eine Differenzierung nach Unternehmensformen bezügl. der Berücksichtigung des Personenkreises erscheint- wie vorgeschlagen- sinnvoll.	
7.5	Der GKR befürwortet ausdrücklich das Auswahlkriterium "Kirchenzugehörigkeit" eines Pächters. Bei Einzelunternehmen bzw. einer GbR ist das auch hier gut zu prüfen. Bei juristischen Personengesellschaften GmbH oder KG bzw. Gneossenschaften mit mehreren Beschäftigten, kann das aber nur schwer nachvollzogen werden. Eine Möglichkeit sind die genannten Prozentsätze. Problem: Wer zählt zum Personenkreis? - Vollbeschäftigte? Teilzeitkräfte? Saisonkräfte? Wie geht man mit Nichtkirchenmitgliedern um, die sich trotzdem sehr stark in der Gemeinde engagieren z.Bsp. in einem Kirchenbauverein? Dies zeigt, dass eine volatiler Steuerungs- und	

	Überprüfungsprozess wohl eher kein gangbarer Weg ist., da sich die Verhältnisse binnen kürzester Zeit ändern können.	
7.6	Für Einzelunternehmer so sinnvoll, da diese vor Ort wohnen werden und daher auch gewillt sein werden sich in verschiedenster Form in der Kirche einzubringen. Bei den unterschiedlichen anderen Unternehmensformen schwierig, können sich nicht ortsansässige Gesellschafter einbringen?-->Punktebewertung evtl. versus der Stimmen des Gemeindegemeinderates! (da ja der Kirchenrat vor Ort lebt, wird er auch am ehesten mitbekommen wer vor Ort lebt und sich einbringt bzw. einbringen kann)	
7.7	<p>- Das Kriterium der Kirchengliederung wird durch die Mitgliedschaft der Unternehmer, der Mitunternehmer, der Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft oder der Mitglieder einer eingetragenen Genossenschaft in einer ACK-Kirche erfüllt. Ist ein Einzelunternehmer Mitglied einer ACK-Kirche, werden 3 Punkte angerechnet.</p> <p>- Für Gesellschaften und Genossenschaften soll weiterhin eine Punkte-Staffelung in Abhängigkeit vom Anteil der Gesellschafter bzw. Genossenschaftsmitglieder, die Mitglieder einer ACK-Kirche sind, nach folgendem Schema erfolgen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • < 25 % ACK-Mitglieder: 0 Punkte, • 25 % bis <50 % ACK-Mitglieder: 1 Punkt • 50 % bis <75 % ACK-Mitglieder: 2 Punkte • > 75 % ACK-Mitglieder: 3 Punkte. 	
III.3.2	Der 2. Vorschlag ist die einzige Möglichkeit, eine Vergleichbarkeit mit Einzelbewerbern zu erzielen.	
V.11	<p>Bitte nicht auch in der Kirche neue Grenzen und Ausgrenzungen!</p> <p>Was soll mit der Neuregelung erreicht werden? Für die Kirchengliederung zählen nur noch die Führungsleute. Vermutlich werden sich damit die Differenzierungsmöglichkeiten verringern. Welche Aussagekraft für die Kirchengliederung in einem Betrieb hat das, wenn z.B. der Landwirt eines privaten 400 ha Betriebes und die 2 Geschäftsführer einer 2500 ha großen Agrar-GmbH Mitglieder der Kirche sind? Welchen Sinn hat das Kriterium der Kirchengliederung dann noch? Die Kirchengliederung der Führungsleute ist nicht repräsentativ für die Kirchengliederung im Betrieb.</p> <p>In Beschwerdeverfahren haben GKR wiederholt danach gefragt, wie die Angaben der Landwirte zur Kirchengliederung überprüft werden. Manche GKR haben mit ihren Kenntnissen nachgezählt und sind zum Teil zu anderen als von den Landwirten angegebenen Zahlen gekommen. Die GKR wissen aber hier auch nicht alles. Und die gewünschte Überprüfung scheitert am Datenschutz.</p> <p>Es ist zu klären: Soll das Kriterium beibehalten werden? Welcher Personenkreis ist diesbezüglich wirklich repräsentativ für einen Betrieb?</p>	

	<p>Da wir aus Datenschutzgründen die Kirchenzugehörigkeit der Mitarbeiter nicht überprüfen können, wird angeregt, von den Mitarbeitern eines Betriebes im Rahmen des PVV eine Mitgliedschaftsbescheinigung zu erbitten. Die freiwillige Vorlage ist möglich.</p> <p>Auf der Basis dieser Angaben wäre – insbesondere für große Agrarbetriebe - ein neuer Schlüssel für die Bewertung der Kirchenzugehörigkeit zu finden. Ein Ausgangspunkt dafür könnte der prozentuale Anteil Evangelischer an der Bevölkerung im Bereich der EKM sein.</p>	
V.12	<p>Ggf. kann die ACK-Klausel als Liste der christlichen Kirchen genannt werden. Diese wird EKD-weit in verschiedenen Bereichen angewandt und ist teilweise rechtlich belastbar. Einer Verengung auf die Evangelische Kirche oder gar die EKM wird nicht befürwortet. Dies würde der ökumenischen Ausrichtung der EKM widersprechen.</p>	
8.8	<p>Eine prozentuale Staffelung erscheint ungeeignet und die Miteinbeziehung der Beschäftigten bedenklich, da die Betriebsinhaber keinen Einfluss auf die Kirchenzugehörigkeit ihrer Beschäftigten haben und im Übrigen auch gar nicht nehmen dürfen (keine Tendenzbetriebe!). Daher erscheint es sinnvoll, lediglich die Kirchenzugehörigkeit der Betriebsinhaber sowie der Unternehmer mit Geschäftsführungsverantwortung bzw. Haftung (vgl. Fußnote) auszuwerten. Dies schafft eine Vergleichbarkeit mit Einzellandwirten. Die Idee, evangelische Gemeindeglieder stärker zu berücksichtigen als bisher, soll wie folgt aufgenommen werden:</p> <p>keine Kirchenmitglieder 0 Punkte ACK-Mitglieder 1 Punkt evangelische Gemeindeglieder in der EKD 2 Punkte evangelische Gemeindeglieder in der EKM 3 Punkte, wobei die maximale Punktzahl nur einmal vergeben werden kann. Mit der Abstufung zwischen Evangelischen in der EKD und Evangelischen in der EKM wird auch an dieser Stelle der regionale Bezug unterstrichen.</p>	
I.4.3	<p>Die Gleichstellung von Einzellandwirten/Familienbetrieben mit juristischen Personen ist schwierig. Bei der Kirchenzugehörigkeit in Nicht-Familienbetrieben sollten die Arbeitskräfte der primären Pflanzen- und Tierproduktion gezählt werden. Bei Familienbetrieben sollen Betriebsleiter, Angestellte und mitarbeitende Familienmitglieder gezählt werden, die ebenfalls in der primären Pflanzen- und Tierproduktion arbeiten.</p>	
I.4.4	<p>Bei der Kirchenzugehörigkeit sollten die Arbeitskräfte in der primären Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich der Vorstandsmitglieder/Geschäftsführer/Betriebsleiter berücksichtigt werden. Bei Familienbetrieben sollen auch die mitarbeitenden Familienmitglieder in die Rechnung mit eingehen.</p>	
I.4.5	<p>Zu B.4.1. Kirchenzugehörigkeit Dies sollte kirchenintern entschieden werden.</p>	

	Zu B.4.2. und 4.3. Die entscheidende Frage hierbei sollte doch sein, ob und inwieweit sowohl die auf dem Land direkt tätigen Menschen, als auch diejenigen, die die Verantwortung tragen und die Entscheidungen treffen, sich mit der Kirche und ihren Idealen verbunden fühlen. Insofern erscheint es mir als nicht sinnvoll, die Dauerangestellten eines Betriebes aus dieser Betrachtung auszuschließen, da es ja in aller Regel diese Menschen sind, die die eigentlichen Arbeiten auf dem Boden verrichten und von deren Gespür und Verantwortungsbewußtsein der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit etc. wesentlich mit abhängt. Die bisherige Regelung sollte unbedingt beibehalten werden.	
I.5.1	Betriebsleiter bei Einzelunternehmen und Geschäftsführender Vorstand bei Genossenschaften, GmbH und AG, 100% EKM Mitglied 1 Punkt alles andere entfällt	
I.5.2	Betriebsleiter bei Einzelunternehmen und Geschäftsführender Vorstand bei Genossenschaften, GmbH und AG, 100% EKM Mitglied 1 Punkt alles andere entfällt	
I.2.4	Nur die Betriebsinhaber bzw. Geschäftsführer in Bewertung einbeziehen (Einzelperson). Begründung: Weil die Größe des Betriebes nichts mit der zu pachtenden Fläche zu tun hat. (Auch ein Einzellandwirt kann Betriebsgrößen über 500 ha erreichen ohne angestellte Mitarbeiter (Ungleichbehandlung).) Die vorgeschlagene Regelung geht annähernd in diese Richtung für die Bewertung, sollte aber nochmal überdacht werden.	
V.13	Eine ausschließliche Fokussierung auf die evg. Kirche oder EKM erscheint problematisch. Es sollte die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche zählen. Die Vergabe von 3 Punkten bei 50 % Mitgliedschaft ist für Agrargesellschaften nicht zu erreichen. Es sollten geringere Prozentsätze angesetzt werden. Der zu berücksichtigende Personenkreis ist genau zu definieren. Bei Betrieben mit einer hohen Anzahl Mitarbeiter (arbeitsintensive Wirtschaftszweige) wäre eine zusätzliche Benachteiligung gegeben, obwohl der Faktor "Arbeitsplätze" doch positiv bewertet werden sollte. Es gibt Beispiele, dass nur zur Erfüllung dieses Punktes Mitarbeiter in die Kirche eintreten mußten.	
4.16	Änderung des alten Verfahrens ist dringend erforderlich. Die angegebenen Lösungsvorschläge sollten in dem Umfang wie oben angegeben umgesetzt werden, schaffen erstmals eine Gleichbehandlung.	
4.17	Begrüßt wird, ausschließlich die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche zu berücksichtigen. Der Lösungsvorschlag zur Vergleichbarkeit der verschiedenen Unternehmensformen wird begrüßt.	
8.9	Kirchenzugehörigkeit als Kriterium wird abgelehnt, dafür darf es keine Punkte geben	
8.10	Zu B.4.1. Kirchenzugehörigkeit Dies sollte kirchenintern entschieden werden. Zu B.4.2. und 4.3.	

	<p>Die entscheidende Frage hierbei sollte doch sein, ob und inwieweit sowohl die auf dem Land direkt tätigen Menschen, als auch diejenigen, die die Verantwortung tragen und die Entscheidungen treffen, sich mit der Kirche und ihren Idealen verbunden fühlen. Insofern erscheint es uns als nicht sinnvoll, die Dauerangestellten eines Betriebes aus dieser Betrachtung auszuschließen, da es ja in aller Regel diese Menschen sind, die die eigentlichen Arbeiten auf dem Boden verrichten und von deren Gespür und Verantwortungsbewußtsein der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit etc. wesentlich mit abhängt. Die bisherige Regelung sollte unbedingt beibehalten werden.</p>	
		Ausdruck 2.3.2016
6.12	<p>Die Mitgliedschaft in der Evangelischen Kirche ist wichtig da auch viele Flächen an die Kirche mit diesem Gedanken vererbt wurden .Die Bewertung der juristischen Personen ist schwierig da eine persönliche Haftung oft nicht gegeben ist und die verantwortlichen Personen im Betrieb in dem Pachtzeitraum ausgetauscht werden können</p>	
2.11	<p>Ich sehe die Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche als Grundvoraussetzung zur Vergabe der Flächen der Kirchengemeinden. Ich führe meinen Betrieb im Nebenerwerb. Im Hauptberuf bin ich in einer Diakonischen Einrichtung tätig, um dort arbeiten zu können, muss ich Mitglied in einer Kirche sein. So sehe ich die Mitgliedschaft in der Kirche auch als verpflichtend bei der Verpachtung an. Ausserdem soll die Person, die Gewinn aus der Pachtung der kirchlichen Flächen zieht, seinen Teil dieses Gewinnes durch Kirchensteuer und freiwilliges Kirchengeld der Landeskirche bzw. der Kirchengemeinde zurückgeben.</p>	
V.14	<p>: Die in Punkt 4.1 benannte Fokussierung hin zur evangelischen Kirche ist sicher gerechtfertigt. Warum soll der Verpächter mit einer bestimmten Konfession nicht auch seine Pächterschaft zunächst in seinen Kreisen suchen und finden? Pächter aus der eigenen Konfession vertreten identische Wertevorstellungen wie der Verpächter, dem sorgsameren Umgang mit dem Boden, dem Wasser und mit der natürlichen Flora und Fauna sollte damit Vorschub gewährleistet werden können. Die Bepunktung von Gesellschaften und Genossenschaften gestaltet sich als sehr schwierig. Auch hier ist es vorstellbar die Bepunktung strenger vorzunehmen. Vorschlag 1 Punkt AB 24% Kirchmitglieder, 2 Punkte 25-80% Kirchmitglieder und eine volle Punktzahl sollte erst ab 81% Kirchenmitglieder erfolgen, da hier aus unserer Sicht ein zu großes Zugeständnis an Gesellschaften und Genossenschaften gemacht werden würde, die im Grunde in ihren Betriebsphilosophien eher kirchenfremd agieren.</p>	
8.11	<p>Fokussierung auf Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche ist nachvollziehbar.</p>	

8.12	Die Ausgrenzung von und Abgrenzung zu Bewerbern mit anderer Konfessions- oder Religionszugehörigkeit ist in meinen Augen ein nicht vertretbares Machtmittel. Die Kirchensteuer sollte an dieser Stelle eine untergeordnete Rolle spielen und die komplexe Ermittlung der Zugehörigkeiten innerhalb eines Unternehmens sich damit erübrigen.	
8.13	Wichtiger als die Kirchengemeindezugehörigkeit ist für mich das Engagement in der Kirchengemeinde.(s.C 6.)	
8.14	Bei einer neuen Regelung darf es nicht zu einer Benachteiligung kleiner Betriebe kommen, die z. B. nur einen Dauerbeschäftigten haben. Ist dieser zufällig kein Kirchenmitglied, wird das Verhältnis nur durch diesen Einen entscheidend verschlechtert. Hier muss sicher eine fallbezogene Wertung getroffen werden.	
8.15	Fragwürdig erscheint mir der Plan, künftig lediglich die Mitgliedschaften in der evangelischen Kirche zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund des ökumenischen Gedankens halte ich dies für eine Diskriminierung.	
8.17	In der heutigen Zeit ist es eher schwierig in einem Agrarunternehmen mehr als 50% Mitarbeiter zu finden, die eine Kirchengemeindezugehörigkeit haben. Deshalb plädiere ich auch für die Bestimmung eines Personenkreises(Spalte 4)	
3.9	Sehr wichtig, auch Familienangehörige sollten berücksichtigt werden. Angestellte und Anteilsinhaber gleichgestellt, bei Zugehörigkeit zur Kirchengemeinde im betreffenden Kirchengemeindeverband. Keine Punkte für Anteilseigner aus Großkapitalgesellschaften und Ausland (Hedersleben/Nooren)	
3.10	Meiner Meinung nach sollte die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche Grundvoraussetzung sein ,um als Pächter von kirchlichen Grundstücken überhaupt in Frage zu kommen.Nur Kirchenmitglieder unterstützen mit dem ersten verdienten Lohn die Kirchengemeinschaft mit den bezahlten Kirchensteuern und bekennen sich zum Glauben.Dies gilt für Einzellandwirte genauso wie für Gesellschafter einer GbR ,GmbH oder einer GmbH & Co Kg, welche ja auch letztlich als Vertragspartner im Landpachtvertrag für die Einhaltung der Rechte und Pflichten verantwortlich sind.	
3.11	Kirchenmitgliedschaft speziell in neuen Bundesländern problematisch - historisch bedingt	
3.12	Es ist ungerechtfertigt diesen Punkt weiterhin als Bewertungskriterium beizubehalten. Der Flächenverpächter kann nicht dafür haftbar gemacht werden, wenn aus persönlichen Gründen ein mündiger Bürger mit dem kirchlichen Glauben nicht konform oder sogar aus persönlichen Gründen aus der Kirche ausgetreten ist. Somit macht die Kirche doch etwas falsch und kann nicht andere dafür verantwortlich machen.	
3.13	Prozentsätze überprüfen in jedem Fall eine Änderung gemäß 4.2	
3.14	Anknüpfend an Punkt 4.2. und den unterschiedlichen Betriebsstrukturen wäre hier doch zur Vereinfachung ein klares Ja oder Nein zur Mitgliedschaft ausreichend. Kirchengemeindezugehörigkeit äußert sich doch nicht nur in der Zahl der Mitglieder sondern auch den Leistungen derjenigen die ihren Dienst mit Arbeitskraft,	

	finanzieller und materieller Unterstützung der Kirche zur Verfügung stellen.	
3.15	Jedes Unternehmen sollte bei Zugehörigkeit eines Mitgliedes in der Kirche die gleiche Punktzahl erhalten.	
3.16	Anzahl der kirchenzugehörigen Beschäftigten und Gesellschafter	
3.17	<p>Es ist durchaus richtig, das Kirchesteueraufkommen mit zu berücksichtigen. Dann wird nämlich schnell klar, dass eine Genossenschaft mit 60 Mitarbeitern, von denen nur 20 % in der EKM sind, in der Summe deutlich mehr Kirchensteuer bezahlen als ein Einzellandwirt. Die bisherige Vergabep Praxis trägt genau dem Gegenteil Rechnung. Sie führt durch mögliche Kirchenaustritte von Mitarbeitern größerer Agrarunternehmen aus Verärgerung über die derzeitige Vergabep Praxis eventuell sogar zu einem Verlust an Kirchesteueraufkommen für die EKM.</p> <p>Aus eigener Erfahrung wissen wir um die massive Verärgerung von Mitarbeitern und Führungskräften in größeren Agrarunternehmen, die durch die aktuellen Pachtvergabe kriterien der EKM als Christen 2. Klasse abgestempelt werden.</p> <p>Eine Unterscheidung zwischen Christen evangelischen oder katholischen Glaubens halten wir in der heutigen Zeit für absolut unangebracht</p>	
3.18	Da ich als Kirchenmitglied, wie Mitglieder anderer Vereinigung auch Vorteile durch eine Mitgliedschaft genießen, sollte es nicht nur im Kirchenvorteil sein wenn auch die Pächter Kirchenmitg leid ist. Somit finde ich diese Punkt einen guten Ansatz.	
3.19	Es ist gut, das auch bei juristischen Personen die Kirchenzugehörigkeit der Beschäftigte bzw. Mitglieder berücksichtigt werden. Eine Einschränkung zum jetzigen Verfahren wäre nicht im Sinne der Kirchengemeinde und der Kirchenmitglieder aus der Region, die die juristische Person mit ihren privaten Flächen unterstützen und diese somit die Kirchengemeinde unterstützen kann.	
3.20	Durch unterschiedliche Betriebsstrukturen und Unternehmensformen ist natürlich eine Punktevergabe sehr schwierig. Deshalb hoffen wir als kleine Genossenschaft mit wenig Dauerarbeitsplätzen auf eine gerechte Lösung.	
3.21	<p>Die Punktevergabe am prozentualen Anteil an Kirchenmitgliedern festzumachen, benachteiligt juristische Personen. Bei einem dort relativ niedrigem Kirchen-Mitgliedsanteil kann die Kirchensteuerzahlung letztendlich mehr betragen als das bei einem Familienbetrieb oder bei einer GbR der Fall ist.</p> <p>Der Lösungsvorschlag, dass nur die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche herangezogen werden soll, wird befürwortet.</p>	
3.22	Hinsichtlich einer Genossenschaft als Pächterin ist es sinnvoll und notwendig das Kriterium der Kirchenzugehörigkeit zu ändern, da sie sich trotz 49 % Zugehörigkeit schlechter steht, als ein privater Landwirtschaftsbetrieb, meist ohne Angestellte.	
3.23	<p>schwieriger Punkt</p> <p>Regionale Betriebe mit nur sehr wenigen bis keine Kirchenmitglieder , haben überhaupt keine Chance ausreichend Punkte zu sammeln, obwohl sie nach der guten fachlichen Praxis wirtschaften und</p>	

	<p>vielleicht sogar eine höhere Pacht anbieten</p> <p>Vielleicht sollte darüber nachgedacht werden, dass dieses Kriterium als Zusatzpunkt gewertet wird. Alle Betriebe die mehr als 1% Kirchenmitglieder haben, bekommen einen Punkt</p>	
3.24	<p>Die Veränderung dieses Kriteriums ist dringend notwendig, da es Mehrfamilienbetriebe wie Genossenschaften deutlich schlechter stellt.</p>	
3.26	<p>Bei der jetzigen Vergaberegulung werden arbeitsintensive Betriebe mit mehreren Mitarbeitern, die keine Kirchenmitglieder sind, gegenüber Betrieben ohne Mitarbeiter benachteiligt, wenn die Betriebsinhaber jeweils Kirchenmitglieder sind. Obwohl diese Betriebe Arbeitsplätze in den Orten schaffen und einer Verödung der Orte entgegenwirken, werden sie bei der Pachtvergabe benachteiligt. So sollte entweder der zu berücksichtigende Personenkreis anders definiert werden und/oder der Arbeitskräftebesatz beim sozialen Engagement positiv berücksichtigt werden.</p>	
3.28	<p>Die Idee der Verteilung der Punkte ist super! Negativbeispiel: Die Agrar e.G. Polleben gab in einem speziellen Fall nicht die Mitarbeiter die der Kirche angehören an, sondern die Genossenschaftsmitglieder. Wobei nicht zu kontrollieren ist, ob jemand Kirchenmitglied ist oder nicht. Das KKA ist nicht berechtigt die Angaben auf Kirchenmitgliedschaft zu kontrollieren. Die Angaben können ohne weiteres nicht korrekt angegeben sein, müssen aber so hingenommen werden (Datenschutz)!! Der Einzellandwirt, wo alle Familienmitglieder und oft auch die gesamte Verwandtschaft der Kirche angehören wird in diesem Fall voll benachteiligt. Der Hammer ist aber, daß der Einzellandwirt auf seinen gesamten Betrieb und auf sein gesamtes Einkommen Kirchensteuer bezahlt. Eine Agrar Genossenschaft zahlt nur Körperschaftssteuer keine Kirchensteuer!!!! Selbst ein kirchliches Mitglied zahlt bei den geringen Löhnen in der Landwirtschaft oft keine oder wenig Kirchensteuer - wobei dieser ja nichts dafür kann.</p>	
3.29	<p>Erhält unsere Zustimmung!</p>	
3.30	<p>Hier sollte der Pächter schon seinen Wohn- und Betriebssitz in der Kirchengemeinde haben, oder in angrenzenden Gemarkungen des Kirchenkreis.</p>	
3.31	<p>Die Zugehörigkeit alleinig zur EKM sollte das Kriterium sein. Nur so kann gewährleistet werden, dass Kirchensteuern der EKM als Verpächter und damit dem geografischen Raum zu Gute kommen, in dem die Flächen liegen.</p> <p>Die Kriterien auf die jeweilige Rechtsform des landwirtschaftlichen Betriebes anzupassen ist dringend notwendig. Während ein privater Landwirt mit seiner Kirchenzugehörigkeit 3 Punkte erhält, ist es für eine Genossenschaft schlicht unmöglich 3 Punkte zu bekommen, wenn die Kirchenzugehörigkeit mehr als 50 % betragen soll. Eine Genossenschaft spiegelt in gewisser Weise mit der Vielzahl an Mitgliedern die Gesellschaft wider. Die durchschnittliche Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche beträgt in der EKM knapp 19 %, wie die Evangelische Kirche in ihrem Bericht "Evangelische Kirche in Deutschland- Daten und Fakten zum kirchlichen Leben</p>	

	<p>2013" veröffentlicht hat. Selbst unter dem Gesichtspunkt der absoluten Anzahl der Kirchenmitglieder der Genossenschaft schneidet unsere Genossenschaft immer noch besser ab, als manch privater Landwirt. Und trotzdem ist es uns nur möglich 1 Punkt zu bekommen, während ein privater Landwirt als Kirchenmitglied hier drei Punkte bekommt. Diese zwei Punkte sind im gesamten Verfahren nicht wieder gut zu machen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Kriterien der Kirchengenossenschaft zur EKM auf die Vorstandsmitglieder der Genossenschaften beschränkt werden würde.</p>	
3.32	<p>Die bestehende Regelung sollte beibehalten werden und die Gesellschafter beziehungsweise Genossen des Bewerbers bezüglich der Kirchengenossenschaft mit der bereits praktizierten Gewichtung erfasst werden.</p>	
3.33	<p>komplizierte Regelungen führen zu keiner besseren Handhabung, Bei Verpachtungen von Grundstücken der EKM sollte nur die Mitgliedschaft in der EKM gezählt werden. Eine Fokussierung auf die Geschäftsführung bei juristischen Personen ist zu einseitig, die Frage ist doch wer sind die Besitzer (Gesellschafter, Genossenschaftsmitglieder) und wer erzielt sein Einkommen in dem Betrieb und in welcher Höhe (Bezahlung nach Tarif) . Die enorme Bedeutung von Arbeitsplätzen auf dem Land verbietet eine Nichtberücksichtigung von beschäftigten Kirchenmitgliedern. Ein Anteil von 50% und mehr Kirchenmitgliedern in einer juristischen Person für die Vergabe von 3 Punkten ist im Vergleich zum Anteil von Kirchenmitgliedern an der Gesamtbevölkerung sicher zu vertreten.</p>	
3.34	<p>Ich persönlich sah bisher in der Konfession der Beschäftigten kein Problem. Ein Grossteil der Beschäftigten Kirchenmitglieder in unserem Unternehmen sind katholischer Konfession. Sicher spielen die Finanzflüsse der gezahlten Kirchensteuer eine Rolle und ob Sie dem EKM selbst zum Nutzen gereichen. Man kann es als grosses Ganzes sehen oder auch einen enormen bürokratischen Aufwand losstreten. Auch Unternehmensformen ausserhalb des Bereiches der Juristischen Personen, stellen auch zunehmend Fremdarbeitskräfte ein, ohne ein ausschliessliches Augenmerk auf die Kirchengenossenschaft zu legen - leider ist die Auswahl an potentiellen Arbeitnehmern nicht besonders gross. Sicherlich hat jeder Verfahrensbeteiligte seine eigenen Gegebenheiten und demzufolge eigene Interessen. Pauschal eine Unternehmensform in ein Punkteraster zu stülpen, wird sicher nicht den individuellen Gegebenheiten gerecht. Da wäre aus meiner Sicht die Kirchengemeinde mehr gefragt, da diese am Ehesten Einblick in die Situation vor Ort</p>	

	<p>hat.</p> <p>Bei uns im Unternehmen gibt es nur 7 Gesellschafter wobei nur 5 Eigentümer sind. Entscheidungen werden aber nur von 2 Personen getroffen. Andere Juristische Unternehmen haben über 100 Gesellschafter. Auch in juristischen Unternehmen wird persönlich und in bedeutendem Umfang haftet.</p> <p>Hier ist eine Pauschalisierung nach Unternehmensform meiner Meinung nach der falsche Weg.</p> <p>Ein nicht berücksichtigter Bewerber wird immer Groll gegen einen erfolgreichen Bewerber hegen. Wenn dann noch die Unternehmensform eine andere ist, ist man schnell bei Vorurteilen.</p>									
3.35	Die Vergabe sollte sich auf die Kirchengemeinde/-spiel beziehen.									
3.36	Bei der Kirchengemeindezugehörigkeit sollte der Fokus auf die Mitgliedschaft der Betriebsinhaber gelegt werden, um so eine Vergleichbarkeit zum Haupterwerbslandwirt zu schaffen.									
3.37	Aus überzeugter Familientradition bin ich - wie auch meine Geschwister - getauft, konfirmiert und evangelisch erzogen wurden. Ich glaube an Gott und lebe nach den christlichen Wertvorstellungen.									
3.38	<p>Kirchengemeindezugehörigkeit, auch hier eine Staffelung auf der Basis 100ha Betriebsfläche sinnvoll:</p> <table> <tr> <td>über 0,65 Kirchenmitglieder/ 100 ha</td> <td>3 Punkte</td> </tr> <tr> <td>0,5 bis 0,65 Kirchenmitglieder/100 ha</td> <td>2 Punkte</td> </tr> <tr> <td>0,25 bis 0,5 Kirchenmitglieder/100 ha</td> <td>1 Punkt</td> </tr> </table>	über 0,65 Kirchenmitglieder/ 100 ha	3 Punkte	0,5 bis 0,65 Kirchenmitglieder/100 ha	2 Punkte	0,25 bis 0,5 Kirchenmitglieder/100 ha	1 Punkt			
über 0,65 Kirchenmitglieder/ 100 ha	3 Punkte									
0,5 bis 0,65 Kirchenmitglieder/100 ha	2 Punkte									
0,25 bis 0,5 Kirchenmitglieder/100 ha	1 Punkt									
6.13	<p>Für Gesellschaftsformen entsprechend Fussnote sollte nur die Kirchengemeindezugehörigkeit der Betriebsinhaber sowie der Unternehmer mit Geschäftsführerverantwortung zählen. Um ev. Gemeindeglieder stärker zu berücksichtigen könnte in die Punktevergabe aufgenommen werden.</p> <table> <tr> <td>keine Kirchenmitglieder</td> <td>0 Pkt.</td> </tr> <tr> <td>ACK Mitglieder</td> <td>1 Pkt.</td> </tr> <tr> <td>ev. Gem.glieder in der EKD</td> <td>2 Pkt.</td> </tr> <tr> <td>ev. Gem.glieder in der EKM</td> <td>3 Pkt.</td> </tr> </table> <p>--> siehe auch Stellungnahme der AG der Amtsleiter</p>	keine Kirchenmitglieder	0 Pkt.	ACK Mitglieder	1 Pkt.	ev. Gem.glieder in der EKD	2 Pkt.	ev. Gem.glieder in der EKM	3 Pkt.	
keine Kirchenmitglieder	0 Pkt.									
ACK Mitglieder	1 Pkt.									
ev. Gem.glieder in der EKD	2 Pkt.									
ev. Gem.glieder in der EKM	3 Pkt.									
7.8	für die Ermittlung des %-turalen Anteilos der Kirchengemeindezugehörigkeit sollten bei Genossenschaften nicht alle Mitglieder berücksichtigt werden, viele Mitglieder sind nicht mehr erwerbstätig und haben keinen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung, evt-Vorstandmitglieder und Mitarbeiter berücksichtigen, es sollte ausgeschlossen sein, dass Kirchengemeindezugehörigkeit zum Einstellungskriterium in den Betrieben wird									